



Wie lange bringt die Post noch die Post?

Martin Candinas*
über die Zukunft
des Gelben Riesen



Die Post, das bundesnahe Unternehmen, welches wir alle einmal mehr und einmal weniger lieben, welches aber für uns alle nicht wegzudenken ist, sorgt immer wieder für gelbe Schlagzeilen im Blätterwald. Zuletzt waren sie aber nicht hausgemacht, sondern verursacht von einer Expertengruppe, die vom Bundesrat eingesetzt wurde.

Die Expertengruppe hat dem Bundesrat Vorschläge präsentiert, wie der postalische Service public der Zukunft aussehen könnte. Viele Vorschläge laufen auf einen Abbau der heutigen Dienstleistungen hinaus, als Beispiele sind nur die Abschaffung der A-Post erwähnt oder der Ausschluss der Zeitungszustellung aus der Grundversorgung. Die Post selbst widersprach umgehend. Auch für mich ist der Abbau des Service public absolut keine Option. Seit jeher setze ich mich mit Vehemenz für eine qualitativ hochstehende Grundversorgung ein, die das ganze Land umfasst. Was heute für Briefe und Pakete gilt, muss künftig auch im digitalen Bereich gelten. Die ganze Bevölkerung muss zu gleichen Bedingungen Zugang zur Digitalisierung haben. Es darf nicht sein, dass nur die Zentren von der Digitalisierung profitieren und gleichzeitig unser Land von internationalen Digitalkonzernen abhängig wird. Die Vorschläge der Expertengruppe sind gottlob nicht in Stein gemeisselt. Die Diskussion um den postalischen Service public der Zukunft wird weiterhin im Parlament geführt und ich werde meine Stimme für die Interessen der Bergregionen deutlich einbringen.

Gelbe Schlagzeilen gab es auch für die bundesrätlichen Pläne zur Aufhebung des Hypothekar- und Kreditverbots der Postfinan-

ce. Die Wirtschaftskommission des Ständerats hat sich gerade letzte Woche fast einstimmig dagegen ausgesprochen. Sie will den Handlungsspielraum der Post im Finanzbereich nicht erweitern. Persönlich sehe ich das gleich. Umgekehrt habe ich aber absolut kein Verständnis, wenn gleichzeitig Käufe von zur Post passenden Geschäftsbereichen dieser vorenthalten bleiben sollen. Wir können uns nicht gegen einen Abbau an Dienstleistungen wehren, keinen zusätzlichen Spielraum im Finanzbereich der Post ermöglichen und dann auch noch der Post nahe Geschäftsfelder im Bereich der Digitalisierung und Logistik verunmöglichen. So führen wir das bundesnahe Unternehmen, welches zu 100 Prozent dem Schweizer Volk gehört, an die Wand.

Die Post darf keine «wilde Einkaufstour» absolvieren. Sie muss sich aber weiterentwickeln können und ihre Stärken auch in Zukunft voll ausspielen dürfen. Die Zukäufe der Post sollen und müssen ein klares Ziel verfolgen, nämlich die Weiterentwicklung des Unternehmens, so dass der Service public auch in Zukunft – im Idealfall wie heute ohne Subventionen und in hervorragender Qualität – gesichert ist. Diese Grundversorgung dient nämlich nicht nur uns als private Kunden, sondern ist vor allem für unsere kleinen und mittleren Unternehmen zentral. Heute macht die Post nämlich über 80 Prozent des Umsatzes mit den Unternehmen. Gerade auch im Interesse des Gewerbes brauchen wir eine hochwertige und sichere Post. Sie sehen, liebe Leserinnen und Leser, ich kann den ideologischen Grundsatzdiskussionen über «Staatsbetriebe» wenig abgewinnen. Aber ich habe umgekehrt eine klare Erwartung an alle bundesnahen Unternehmen, so auch an die Post: Sie muss der Gesellschaft und der Wirtschaft unseres ganzen Landes dienen, nichts mehr, nichts weniger. Die Post muss uns auch morgen die Post bringen!

* Martin Candinas ist Mitte-Nationalrat. In der Rubrik «Berner Politik» kommen die Bündner Mitglieder der eidgenössischen Räte abwechselnd zu Wort.